

# Empirische Einblicke



# Wahrnehmungen zu sozialer Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit in der Covid-19-Pandemie

Judith Derndorfer<sup>1</sup>, Tamara Premrov<sup>1</sup>, Matthias Schnetzer<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Arbeiterkammer Wien

Kontakt: Judith.Derndorfer@akwien.at

## Abstract (dt.):

Dieser Beitrag untersucht Einschätzungen zur eigenen finanziellen Situation, Wahrnehmungen von Verteilungsgerechtigkeit und Präferenzen für Umverteilung durch den Sozialstaat im Verlauf der Covid-19-Pandemie. Die Analyse anhand von drei Wellen der Values-in-Crisis-Erhebung zeigt, dass vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in den Pandemie Jahren zunehmend finanzielle Schwierigkeiten verspürten. Das wirkte sich auf das Gerechtigkeitsempfinden aus, denn ein steigender Anteil der befragten Personen glaubt, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Damit in Zusammenhang steht der weitverbreitete Wunsch nach einem starken Sozialstaat und für mehr Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen. Vor allem auf dem Höhepunkt der Krise gab es eine deutliche Zustimmung für den Ausbau sozialstaatlicher Leistungen, finanziert durch Steuern auf hohe Einkommen und Erbschaften.

**Schlüsselwörter:** Einkommensungleichheit, Gerechtigkeitsempfinden, Steuerpräferenzen, Sozialstaat, Covid-19

## Abstract (eng.):

This paper examines assessments of one's own financial situation, perceptions of distributive justice, and preferences for redistribution by the welfare state over the course of the Covid-19 pandemic. The analysis based on three waves of the Values-in-Crisis survey shows that especially people with low and medium incomes felt increasing financial difficulties during the pandemic. The economic hardship affected perceptions of fairness, with an increasing share of respondents believing that they received less than their fair share. Related to this is a widespread desire for a strong welfare state and for more redistribution from high to low incomes. Especially at the height of the crisis, there was clear support for expanding welfare state benefits, financed by taxes on high incomes and inheritances.

**Keywords:** Income inequality, perception of fairness, tax preferences, welfare state, Covid-19.

## 1 Einleitung

Die durch die Covid-19-Pandemie zum Vorschein getretenen Ungleichheiten sind vielfältig. Zumeist stehen diese in engem Zusammenhang mit Einkommensunterschieden, etwa bei berufsbedingt unterschiedlichen Möglichkeiten, sich vom Virus abzuschotten und im Homeoffice zu arbeiten, ungleichen Rahmenbedingungen für Homeschooling bis hin zu unterschiedlichen Risiken für Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit (Albacete et al., 2021). Besserverdiener\*innen hatten in

den unterschiedlichsten Bereichen vorteilhaftere Bedingungen. Nicht zu vernachlässigen ist auch die besondere Betroffenheit von Frauen, sowohl in Bezug auf die Arbeitsmarktpartizipation (AMS, 2023) als auch die gestiegene Doppelbelastung durch unbezahlte Arbeit (Derndorfer et al., 2021). Oft wurde in diesem Zusammenhang von der Pandemie als Brennglas gesprochen: Ungleichheiten, die schon vor der Krise in der Gesellschaft vorhanden waren, wurden noch deutlicher sichtbar bzw. konnten nicht mehr ignoriert werden. Dazu kommt die Tatsache, dass Einkommens- und Vermögensungleichheiten von der österreichischen Bevölkerung schon vor Covid-19 deutlich problematischer wahrgenommen wurden, als es im europäischen Vergleich der Fall ist (Haller et al., 2015; Hofmann et al., 2020).

In diesem Beitrag betrachten wir zunächst die finanzielle Betroffenheit von Haushalten in der Krise und gehen dabei auf die Unterschiede zwischen Einkommensgruppen sowie zwischen Männern und Frauen ein. In unserer Analyse zeigt sich, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen im Laufe der Pandemie immer stärker mit den ökonomischen Folgen zu kämpfen hatten und zunehmende Unsicherheit verspürten. Personen mit höherem Einkommen waren anfangs zwar auch verunsichert, konnten die Krisenfolgen allerdings besser als befürchtet abfedern. Obwohl der österreichische Sozialstaat in dieser Zeit für viele Menschen die notwendige Absicherung bot, konnte ein Anstieg der sozialen Ungleichheit nicht verhindert werden. Die ungleiche Betroffenheit durch die Krisenfolgen und eine gesellschaftliche Spaltung werden auch in der Bevölkerung wahrgenommen. So empfand ein Drittel der in Values-in-Crisis befragten Personen im Sommer 2022 große Spannungen zwischen Arm und Reich.

So wie in Umfragen vor (Haller et al., 2015) und während (Wiesböck & Verwiebe, 2023) der Krise bereits gezeigt wurde, kommt auch dieser Beitrag zum Ergebnis, dass sich eine Mehrheit der Befragten vor allem am Höhepunkt der Krise für mehr Umverteilung durch den Sozialstaat ausspricht und dabei sowohl einen Ausbau der Leistungen als auch höhere Steuern auf hohe Einkommen und Erbschaften befürwortet. Interessant dabei ist, dass die positive Haltung gegenüber dem Sozialstaat in allen Einkommensgruppen ähnlich hoch ist. Unsere Analyse zur sozialen Ungleichheit in der Covid-19-Pandemie basiert dabei auf den drei Wellen der Values-in-Crisis-Erhebung im Mai 2020, März 2021 und Juni 2022 mit insgesamt 3 797 Personen. Nachdem nur knapp 750 Personen an allen drei Wellen teilnahmen, konzentriert sich das Kapitel auf die jeweiligen Querschnittsdaten der einzelnen Wellen.

## 2 Ökonomische Verunsicherung während der Pandemie

Die Corona-Pandemie hatte abseits der gesundheitlichen Auswirkungen auch weitreichende soziale und wirtschaftliche Folgen. Die Arbeitslosigkeit stieg 2020 im Vergleich zum Vorjahr trotz Kurzarbeit um 36 % (AMS, 2023), während die Wirtschaftsleistung im selben Zeitraum um 4 % zurückging (Statistik Austria, 2023). All dies machte sich auch in der Bevölkerung – vor allem bei Personen mit geringen Einkommen (Pichler et al., 2020) – bemerkbar und sorgte für große ökonomische Unsicherheit.

Die Values-in-Crisis-Erhebung fragte Personen nach ihren Sorgen bezüglich Arbeitsplatzverlust und Ängsten, dass sie oder ihnen nahestehende Menschen unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise leiden müssen. Im Schnitt machte sich etwas mehr als jede:r vierte Befragte (etwas oder große) Sorgen den Job zu verlieren bzw. die selbständige Tätigkeit aufgeben zu müssen. Im Mai 2020 gaben 25 % an, sich Sorgen zu machen. Die Unsicherheit erreichte ihren Höhepunkt mit 30 % im März 2021 und verringerte sich bis Juni 2022 geringfügig auf 28 %. Während es keine großen Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, zeigen die Daten eine differenzierte Wahrnehmung nach Einkommen. Das untere Einkommensdrittel (äquivalisiertes Nettoeinkommen unter 1 100 € pro Monat) hat öfter Sorge, den Arbeitsplatz zu verlieren, als das mittlere (1 100 bis 1 760 € pro Monat) und das obere (über 1 760 € pro Monat) Einkommensdrittel. Der Anteil jener Menschen mit Sorgen ist im unteren Einkommensdrittel doppelt so hoch wie im oberen Einkommensdrittel. Im unteren Drittel stieg im Pandemieverlauf der Anteil der Befragten mit Sorgen, arbeitslos zu werden, geringfügig von 37 % im Mai 2020 auf 39 % im Juni 2022. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Personen mit Sorgen im oberen Drittel von 16 % auf 18 %.

Relativ ähnlich ist das Bild bei den Ängsten vor den Auswirkungen eines wirtschaftlichen Einbruchs auf die Befragten und deren enges Umfeld. Während der Anteil jener mit Zukunftsängsten unter Menschen mit geringem Einkommen von 31 % auf 36 % stieg, stagnierte der Anteil bei jenen mit höheren Einkommen bei 18 %. Bei Frauen stieg der Anteil von 25 % auf 30 %, während der Anteil bei den Männern im Laufe der beiden Jahre stabil bei rund 24 % blieb.

### 3 Steigende finanzielle Unzufriedenheit

Die wirtschaftlichen Folgen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hatten auch unmittelbar Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation. Die Befragten wurden gebeten ihre aktuelle Zufriedenheit anhand einer Zehn-Punkte Skala (1 = überhaupt nicht zufrieden, 10 = völlig zufrieden) zu bewerten. Die Daten zeigen eine Verschlechterung der Zufriedenheit im Pandemieverlauf. Im Mai 2020 gaben knapp 6 % an, überhaupt nicht mit ihrer finanziellen Situation zufrieden zu sein; der Anteil stieg auf 7 % im März 2021 und erreichte mit fast 9 % den Höchstwert im Juni 2022. Frauen sind tendenziell unzufriedener mit ihrer finanziellen Situation als Männer, aber auch zwischen den Einkommensgruppen werden Unterschiede ersichtlich. Im Juni 2022 gaben 15 % der Befragten aus dem unteren Einkommensdrittel an, überhaupt nicht zufrieden zu sein, während es bei den Befragten im mittleren und oberen Einkommensdrittel mit 9 % und 2 % deutlich weniger waren.

Der Befund einer Verschlechterung der finanziellen Situation spiegelt sich auch in den Antworten zum Auskommen mit dem gesamten Haushaltseinkommen (inkl. Sozialtransfers) wider. Über alle drei Erhebungswellen finden es rund 28 % der Befragten eher bis sehr schwer mit dem Haushaltseinkommen auszukommen. 29 % der Befragten finden es weder schwer noch leicht, während 43 % es eher oder sehr leicht finden. In der ersten Befragungswelle hatten 27 % Schwierigkeiten, mit dem Einkommen auszukommen. Der Anteil reduzierte sich zunächst im März 2021 leicht auf 24 % und erhöhte sich anschließend bis Juni 2022 auf 34 %. Im unteren Einkommensdrittel erhöhte sich der Anteil zwischen der ersten und der dritten Welle von 46 % auf 52 %. Im oberen Einkommensdrittel belief sich der Anteil der Befragten, die Schwierigkeiten mit dem Auskommen hatten, im Mai 2020 auf 9 % und erhöhte sich bis zur dritten Welle auf 15 %. Weiters wurde abgefragt, wie schwer oder leicht das Auskommen im Vergleich zur Zeit vor der Corona-Krise war. Im Zeitverlauf (siehe Abbildung 1) erhöhte sich der Anteil jener, die eine Verschlechterung konstatierten, von 16 % im Mai 2020 auf 38 % im Juni 2022. Besonders ausgeprägt war die Veränderung im unteren Einkommensdrittel von 22 % in der ersten Welle auf 45 % in der dritten Welle, sowie im mittleren Drittel von 17 % auf 40 %. Im oberen Einkommensdrittel stieg der Anteil von 9 % auf 28 % von einem niedrigen Ausgangsniveau deutlich an.

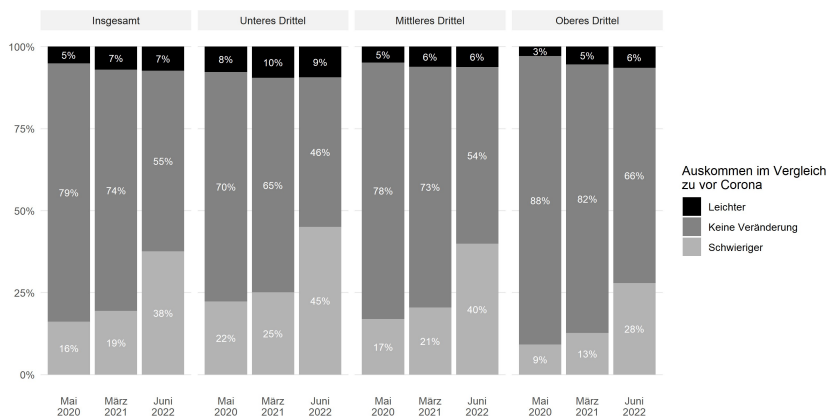


Abbildung 1: Auskommen mit dem Haushaltseinkommen im Vergleich zur Zeit vor Corona

Die erhöhte finanzielle Unsicherheit geht mit einem subjektiv empfundenen Abstieg einher. Die teilnehmenden Personen wurden gefragt, wo sie sich aktuell und in den Monaten vor der Corona-Krise auf einer Skala zwischen 1 (= unten) und 10 (= oben in der Gesellschaft) einordnen würden. Die Datenauswertung zeigt, dass der Anteil jener mit subjektiven Abstiegsgefühlen mit 23 % beinahe doppelt so groß ist wie der Anteil jener, die einen subjektiven Aufstieg erlebten (12 %). Waren es im Mai 2020 19 % mit Abstiegsempfinden, erhöhte sich der Anteil auf fast 30 % im Juni 2022. Nach Einkommen betrachtet, empfanden im Mai 2020 22 % der Befragten im unteren Drittel einen subjektiven Abstieg, während es im mittleren und oberen Drittel 20 % bzw. 14 % waren. Im Laufe der Zeit ging die Schere auseinander. Im Juni 2022 empfanden 36 % im unteren Einkommensdrittel einen subjektiven Abstieg, während der Anteil im mittleren und oberen Einkommensdrittel bei 31 % und 21 % lag. Interessanterweise war es auch das untere Einkommensdrittel, das am häufigsten einen Aufstieg wahrnahm. So waren es in der dritten Befragungswelle 18 % der Personen in Haushalten mit niedrigen Einkommen und je 12 % in den anderen beiden Gruppen.

Die Datenauswertung zeigt, dass die ökonomische Unsicherheit, die finanzielle Belastung und die subjektive Wahrnehmung von gesellschaftlichem Abstieg seit 2020 insgesamt gestiegen sind und diese im untersten Einkommensdrittel am ausgeprägtesten sind.

#### 4 Wie hat sich das Gerechtigkeitsempfinden in der Pandemie verändert?

Angesichts der zunehmenden Ungleichheiten stellte sich im Pandemieverlauf vielfach die Frage nach einer sozial ausgewogenen und gerecht gestalteten Bewältigung der Gesundheitskrise. In der 2. Welle von Values-in-Crisis wurden einige Fragen zum Gerechtigkeitsempfinden der Respondent\*innen in den Fragenkatalog aufgenommen. Einige dieser Fragen wurden in der 3. Welle wiederholt und ermöglichen Vergleiche im Antwortverhalten zwischen März 2021 und Juni 2022.

Ein wichtiger Faktor für das Gerechtigkeitsempfinden ist, ob die eigenen Lebensrealitäten im Zusammenspiel von Marktwirtschaft und Sozialstaat als gerecht erachtet werden. Das trifft in Österreich für einen großen Teil der Bevölkerung jedoch nicht zu. Nur etwas mehr als die Hälfte der in der letzten Erhebungswelle 2022 befragten Personen ist der Ansicht, dass sie ihren gerechten Anteil erhalten (siehe Abbildung 2). Allerdings gibt es große Unterschiede entlang der Einkommensverteilung: im unteren Einkommensdrittel sind es nur 40 %, im oberen Drittel hingegen 64 %. Die Überzeugung, den gerechten Anteil zu erhalten, ist im Verlauf der Corona-Pandemie zwischen 2021 und 2022 sogar noch weiter von 57 % auf 52 % gesunken. Spiegelbildlich ist die Zahl jener Menschen, die ihrer Ansicht nach weniger als den gerechten Anteil bekommen, von 38 % auf bereits 44 % angestiegen. Besonders im unteren Einkommensdrittel ist dieses Gefühl weit verbreitet. Das Gerechtigkeitsempfinden für die eigene soziale Position hat sich in der Pandemie somit verschlechtert. Inwiefern der „(un)gerechte Anteil“ auf die Verteilung marktwirtschaftlicher Ergebnisse – also etwa ungerecht empfundene Löhne oder ungleiche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit – oder auf sozialstaatliche Intervention – beispielsweise als ungerecht erachtete Verteilung staatlicher Unterstützungsleistungen – bezogen wird, ist durch die allgemeine Fragestellung nicht feststellbar.



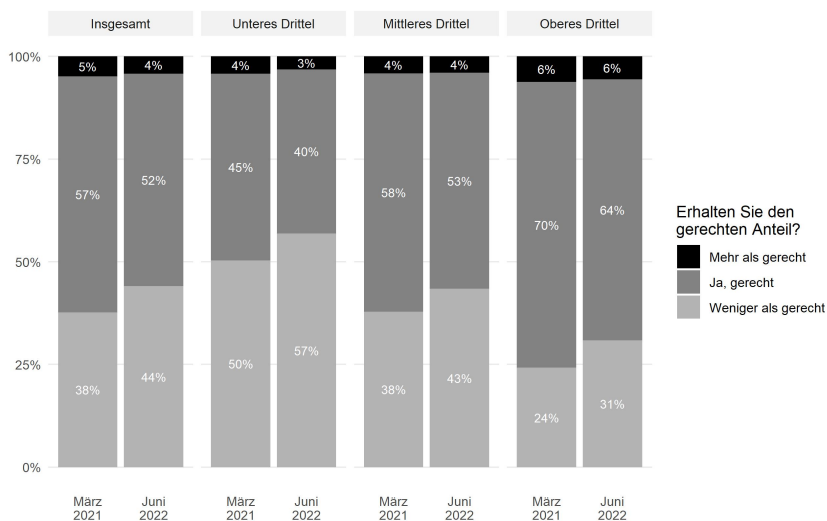


Abbildung 2: Gerechtigkeitsempfinden über den erhaltenen Anteil nach Drittel des Haushaltseinkommens

Es herrscht allerdings die breite Überzeugung, dass es gerecht ist, wenn der Sozialstaat niemanden zurücklässt. Zwar ist diese Ansicht während der Pandemie von 82 % auf 77 % gesunken, spiegelt aber immer noch die breite Mehrheitsmeinung wider. Ein aktiver Sozialstaat, der einen gewissen Lebensstandard für alle sicherstellt, erhält also starke Unterstützung aus der Bevölkerung. Gleichzeitig finden fast 87 % der Menschen, dass Gerechtigkeit auch bedeutet, Arbeitseinkommen an die erbrachte Leistung zu knüpfen: Wer mehr leistet als andere, soll auch mehr Lohn bekommen. Menschen in Österreich verfolgen somit in großer Mehrheit das Bedarfsprinzip und das Leistungsprinzip, wie es in meritokratisch geprägten Gesellschaften mit einem starken Sozialstaat üblich ist (Hofmann et al., 2020; Adriaans et al., 2019). Interessanterweise finden sowohl das Bedarfs- als auch das Leistungsprinzip bei Frauen eine höhere Zustimmung als bei Männern. Entlang der Einkommensverteilung gibt es einen bemerkenswerten Unterschied: die Zustimmung zum Leistungsprinzip steigt mit dem Einkommen, beim Bedarfsprinzip ist es umgekehrt.

Einige Fragen zur Gerechtigkeit wurden in Values-in-Crisis auch als Abwägung zwischen zwei konträren Aussagen gestellt. Interessant ist hierbei etwa die Frage, ob Unterschiede zwischen sozialen Klassen und Schichten als normal oder als ungerecht empfunden werden. 41 % der Menschen

halten solche Unterschiede für ungerecht, während 20 % Unterschiede zwischen Klassen und Schichten für normal halten, der Rest ist unentschieden. Es überrascht wenig, dass ungerechte Klassenunterschiede deutlich seltener im oberen Einkommensdrittel (35 %) als im unteren Einkommensdrittel (44 %) verspürt werden.

Die durch die Covid-19-Pandemie offenbarten sozialen Ungleichheiten sind noch nicht beseitigt und werden auch in der Bevölkerung noch deutlich wahrgenommen. Vor allem die Schere zwischen Arm und Reich ist Thema einer aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, die sich auch in der letzten Welle der Befragung im Juni 2022 widerspiegelt. Über 90 % der Befragten vernahmen soziale Spannungen zwischen Arm und Reich in Österreich, 36 % sogar große Spannungen. Gerade im unteren Einkommensdrittel ist diese Wahrnehmung besonders stark und mit rund 40 % fast 10 Prozentpunkte höher als im oberen Einkommensdrittel. Das Gefühl, dass die Schere zwischen armen und reichen Menschen sehr groß ist, geht mit wiederkehrenden Diskussionen einher, wie eine gerechte Finanzierung der Krisenbewältigung aussehen könnte.

### *5 Wunsch nach einem starken Sozialstaat*

Die eigene Position in der Gesellschaft und das eigene Gerechtigkeitsempfinden bestimmen die Einstellung zur Rolle des Staates (Hadler, 2005). In Values-in-Crisis wurde auch die Meinung zu den Leistungen des österreichischen Sozialstaates und zur Umverteilung durch höhere Steuern abgefragt. Generell wird deutlich, dass die Mehrheit der Befragten einer stärkeren Umverteilung und einer besseren sozialen Absicherung positiv gegenüberstehen.

Auf dem Höhepunkt der Krise in den Jahren 2020 und 2021 sprachen sich rund 55 % der Befragten dafür aus, den österreichischen Sozialstaat aufgrund der Erfahrungen aus der Corona-Krise weiter auszubauen. Weitere 28 % befürworteten den Sozialstaat in seiner aktuellen Form. Dabei ist die Zustimmung über alle Einkommensgruppen hinweg ähnlich. Bei Frauen, die im Schnitt von sozialstaatlichen Leistungen etwas stärker profitieren als Männer (Österle & Heitzmann, 2019), ist die Zustimmung eine Spur höher. Vor allem jene Befragten, die es als gerecht empfinden, wenn der Sozialstaat niemanden zurücklässt, waren für einen Ausbau der Leistungen. Ein Drittel der Befragten zählte Armutsbekämpfung zu einem der drei wichtigsten Ziele der Politik. Menschen, denen Armutsbekämpfung ein

zentrales Anliegen ist, sprechen sich auch eher für den Ausbau des Sozialstaates und mehr Umverteilung aus.

In der letzten Befragungswelle im Juni 2022 sank die Zustimmung zu einem Ausbau des Sozialstaates auf 47 % und der Anteil jener, die den Umfang des Sozialstaates unverändert lassen wollten, stieg auf 31 %. Somit gab es auch einen leichten Anstieg beim Anteil jener Befragten, die sich dafür aussprechen, Leistungen aufgrund der hohen Staatsschulden zu reduzieren (von 17 % auf 21 %). Ein Grund für die Abnahme des Zuspruchs im Zeitverlauf könnte also darin liegen, dass der Anstieg der Staatsschulden am Ende der Corona-Krise medial stärker thematisiert wurde. Ein anderer Grund könnte darin bestehen, dass sich die Bevölkerung der Bedeutung des Sozialstaates zunächst deutlicher bewusst war, die Notwendigkeit der sozialen Absicherung gegen Ende der Krise jedoch wieder in den Hintergrund gerückt ist. Denn auf dem Höhepunkt der Krise war ein größerer Teil der Bevölkerung auf Leistungen angewiesen und die Angst, dass man selbst oder nahestehende Personen im Verlauf der Krise in eine Notlage geraten könnte, war größer.

Auffällig ist in dem Zusammenhang, dass der politische Wunsch der Befragten stark von deren Erwartungshaltung gegenüber der Politik abweicht. Denn über alle Befragungswellen hinweg hat die Mehrheit der Respondent\*innen angenommen, dass die Regierung sozialstaatliche Leistungen einschränken würde.

### *6 Zustimmung zu höheren Steuern für eine gerechte Verteilung*

Unter den Befragten ist der Zuspruch zu höheren Einkommenssteuern und der Einführung einer Erbschaftssteuer hoch. Wie bereits beschrieben, ist eine große Mehrheit der Meinung, dass die Einkommensungleichheit in Österreich nicht gerechtfertigt ist. Damit einhergehend wünscht sich der Großteil eine stärkere Umverteilung der Einkommen. So haben im Mai 2020 58 % der Befragten angegeben, dass höhere Einkommen stärker besteuert werden sollten, um die Leidtragenden der Krise zu unterstützen. Ähnlich wie bei der Frage zum Ausbau des Sozialstaates ist auch die Zustimmung zur Besteuerung hoher Einkommen in der dritten Befragungswelle im Juni 2022 leicht abgesunken; mit einem Anteil von 53 % der Befragten gab es jedoch nach wie vor eine Mehrheit dafür. Über alle drei Befragungswellen hinweg geben nur 15 % bis 20 % an, dass jene, die durch die Krise stark betroffen sind, ihre Situation selbst bewältigen sollen. Ein

Ausbau des Sozialstaates durch die Besteuerung hoher Einkommen wird demnach im Allgemeinen befürwortet und der Solidaritätsgedanke ist innerhalb der Bevölkerung recht stark ausgeprägt. Interessant ist, dass es auch unter den Besserverdienenden im Values-in-Crisis-Panel eine Mehrheit für höhere Steuern am oberen Ende der Einkommensverteilung gibt (siehe Abbildung 3).

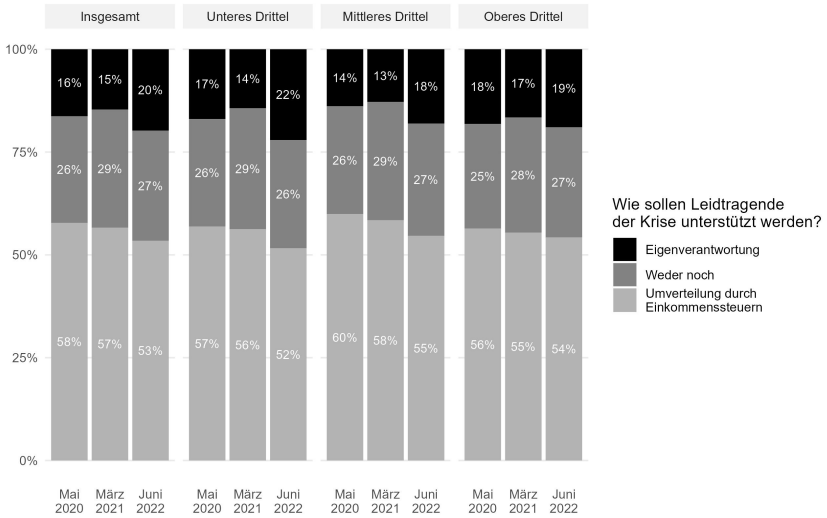


Abbildung 3: Einstellungen zur Unterstützung der von der Krise stark betroffenen Personen

In der dritten Befragungswelle wurde auch die Einstellung zur Einführung einer Erbschaftssteuer abgefragt. Unter den Befragten waren 63 % für die Einführung einer Steuer auf Erbschaften, wobei die Präferenz der Befragten auf Modelle mit höheren Freibeträgen fiel. Unter Männern ist die Zustimmung etwas höher als unter Frauen. Der Zuspruch in Values-in-Crisis fällt somit höher als in vergleichbaren Umfragen aus (Disslbacher & Hofmann, 2021). Möglicherweise förderte die Option eines hohen Freibetrags die Zustimmung für eine Erbschaftssteuer. Die Ergebnisse könnten aber auch darauf hindeuten, dass den Menschen die steigende Ungleichheit im Pandemieverlauf stärker bewusst wurde und vermögensbezogene Steuern daher stärkeren Zuspruch erhielten.

## 7 Fazit

Insgesamt zeichnet sich im Verlauf der Covid-19-Pandemie ein Bild wachsender gesellschaftlicher Spannungen und steigender sozialer Ungleichheit ab. Besonders drastisch ist der Befund, dass im Juni 2022 die Hälfte der Befragten im unteren Einkommensdrittel es eher oder sehr schwer fand, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen. Für Personen im unteren Einkommensdrittel wurde das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen im Lauf der Pandemie zunehmend schwieriger. Zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise kam 2022 auch noch die durch den russischen Angriff in der Ukraine ausgelöste Teuerungskrise hinzu. Auch hiervon waren Haushalte mit geringem Einkommen stärker betroffen. Abgesehen von den unmittelbaren Auswirkungen der höheren ökonomischen Unsicherheit stieg die Sorge vor langfristigen Nachwirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, die mit pessimistischen Zukunftserwartungen einhergehen können.

Auch das Gerechtigkeitsempfinden hat unter der Corona-Pandemie gelitten. Nur noch knapp die Hälfte der Menschen in Österreich sind der Ansicht, dass sie ihren gerechten Anteil erhalten. Gleichzeitig werden vermehrt und vor allem im unteren Einkommensdrittel soziale Spannungen in der Bevölkerung zwischen Arm und Reich wahrgenommen. Dies steht im krassen Widerspruch zur breiten Akzeptanz der Leistungs- und Bedarfsprinzipien, wonach es als gerecht erachtet wird, wenn mehr Leistung besser entlohnt wird und der Sozialstaat niemanden zurücklässt. Es gibt in Österreich somit eine klaffende Lücke zwischen den präferierten Gerechtigkeitsprinzipien und der wahrgenommenen Realität sozialer Ungleichheiten.

Die steigende Ungleichheit erfordert politische Antworten, um das Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung zu stärken und damit den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu festigen. Eine naheliegende Antwort ist eine Stärkung des Sozialstaats. Unsere Auswertung zeigt, dass die Zustimmung zu einem starken Sozialstaat und mehr Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen groß ist. Vor allem am Höhepunkt der Krise gab es deutliche Mehrheiten für einen Ausbau der sozialstaatlichen Leistungen, finanziert durch höhere Steuern auf hohe Einkommen. Die stabilisierende Rolle des Sozialstaates wird also vor allem in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten erkannt. Aus sozialpolitischer Sicht ist es jedoch wichtig, ein starkes soziales Netz bereits vor einer Krise aufzuspannen, um Betroffene in Notlagen besser und schneller abzusichern und bestehende Ungleichheiten zu verringern.

Literatur

- Adriaans, J., Eisnecker, P. & Liebig, S. (2019). Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet. *DIW Wochenbericht*, 45, Berlin.
- Albacete, N., Fessler, P., Kalleitner, F. & Lindner, P. (2021). How has COVID-19 affected the financial situation of households in Austria. *Monetary Policy and the Economy*, Q4/21, 111-130.
- AMS (2023). *Arbeitslose im Jahres-Zeitvergleich*. <https://iambweb.ams.or.at/ambweb/> (Stand: 24.03.2023).
- Derndorfer, J., Disslbacher, F., Lechinger, V., Mader, K. & Six, E. (2021). Home, sweet home? The impact of working from home on the division of unpaid work during the COVID-19 lockdown. *PloS one*, 16(11), <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0259580>.
- Disslbacher, F. & Hofmann, J. (2021). Einstellungen zum Sozialstaat und dessen Finanzierung in Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 47(3), 329-360.
- Hadler, M. (2005). Why do people accept different income ratios? A multi-level comparison of thirty countries. *Acta Sociologica*, 48(2), 131-154.
- Haller, M., Eder, A. & Müller Kmet, B. (2015). Drei Wege zur Zähmung des Kapitalismus. Die Wahrnehmung und Bewertung sozialer Ungleichheit in Deutschland, Österreich und der Schweiz. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 40(1), 1-31.
- Hofmann, J., Marterbauer, M. & Schnetzer M. (2020). Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). *AK Working Paper Reihe 201*, Wien.
- Österle, A. & Heitzmann, K. (2019). Austrification in welfare system change?: An analysis of welfare system developments in Austria between 1998 and 2018. In S. Blum, J. Kuhlmann & K. Schubert (Hrsg.), *Routledge Handbook of European Welfare Systems*. Routledge, 21-37.
- Pichler, P., Schmidt-Dengler, P. & Zulehner, C. (2020): *Von Kurzarbeit und Kündigungen sind sozial schwächere Personen am meisten betroffen: Die Arbeitssituation der Österreicher\* innen seit der Corona-Krise*. Austrian Corona Panel Project–Corona-Blog. Online: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog09/> (Stand: 24.3.2023).
- Statistik Austria (2023). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt-und-hauptaggregate> (Stand: 24.3.2023).
- Wiesböck, L. & Verwiebe, R. (2023). Sind Einkommensunterschiede zu groß? Eine Analyse von Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 48(1), 53–66.